



## Anfrage

Öffentlich

Datum

05.06.2013

Nummer

2318/13

Absender

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

24.06.2013

Betreff / Beschlussvorschlag

Solarenergienutzung in Braunschweig

Die Notwendigkeit der Energiewende aus Gründen des Klimaschutzes und zum Schutz vor Gefahren, die mit der Stromerzeugung in Atomkraftwerken verbunden sind, ist in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannt. In dem Zusammenhang ist auf Ebene des Zweckverbandes Großraum Braunschweig ein Gutachten erstellt worden, wie die Energieversorgung hier durch die Nutzung regenerativer Energie sichergestellt werden kann. Eine wichtige Rolle spielt in dem Zusammenhang die Nutzung der Windenergie, wobei der überwiegende Teil der neu zu errichtenden Anlagen außerhalb der Stadt Braunschweig stehen wird. Innerhalb des Stadtgebiets kann aufgrund der Vielzahl und Dichte der Gebäude vor allem durch Photovoltaikanlagen zur umweltfreundlichen Stromerzeugung beigetragen werden.

Dem entsprechend hat der Rat der Stadt ein eigenes Förderprogramm für den Bau von Photovoltaikanlagen aufgelegt, mit dem private Investoren motiviert werden sollen, solche Anlagen zu installieren und zu betreiben. Darüber hinaus hat die Stadt einzelne Dachflächen städtischer Gebäude für die Installation von Anlagen für private Investoren angeboten.

Durch eine Machbarkeitsstudie für die Nutzung von Dächern städtischer Gebäude für die Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen hat die Verwaltung im Mai dieses Jahres nachgewiesen, dass der Vorteil einer solchen Anlage abhängig ist von ihrer Größe und der Eigennutzung des erzeugten Stroms. Angesichts dieser Studie liegt es nahe, dass die Stadt an Stelle der bisher versuchten Vermietung von Dachflächen selbst Anlagen installiert und betreibt. Einige andere Städte haben diesen Weg schon beschritten und erwarten eine Rentabilität der Anlagen.

Wir bitten deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Verwaltung die Umweltfreundlichkeit von Photovoltaikanlagen im Vergleich zur Stromerzeugung mit Kohle- oder Gaskraftwerken?

2. Wie beurteilt die Verwaltung die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen im Eigentum und Betrieb der Stadt?
3. Welche Schritte beabsichtigt die Verwaltung, um schnellstmöglich die geeigneten Dachflächen städtischer Gebäude für die Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen zu nutzen?

gez . Holger Herlitschke, Fraktionsvorsitzender